

Erklärung nach § 31 GO

der Abgeordneten Alexander Funk, Dr. Peter Gauweiler, Manfred Kolbe, Klaus-Peter Willsch und Christian Hirte (alle CDU/CSU) zur Abstimmung über den Entschließungsantrag zu der vereinbarten Debatte zum Hilfsantrag Portugals (Zusatztagesordnungspunkt 1)

Mit der Zustimmung zu Kreditbürgschaften für Portugal in Höhe von 78 Milliarden Euro setzt die Bundesregierung ihren nach unserer festen Überzeugung falschen Weg des Umgangs mit der europäischen Staatsschuldenkrise fort.

In der logischen Konsequenz unserer Ablehnung der Bürgschaften für Griechenland und Irland, aber auch des EFSF insgesamt, und unserer massiven Bedenken gegen die Einrichtung eines dauerhaften Schuldentransfermechanismus lehnen wir den Antrag der Bundesregierung hiermit ab.

Die formaljuristischen und insbesondere makroökonomischen Kritikpunkte, die vom Gros der deutschen Volkswirtschaftslehre geteilt werden – angefangen von der Aushebelung des Bail-out-Verbotes bis hin zur Aussetzung markteigener Sanktionsmechanismen (steigende Zinsspreads, CDS-Anstieg) –, haben wir seit der Griechenlandbürgschaft im Mai 2010 immer wieder dargelegt.

Indes übertrifft die Verschlimmerung der Schuldenkrise in der europäischen Peripherie und die Geschwindigkeit mit der sich die getroffenen Maßnahmen als weitestgehend wirkungslos erweisen, selbst unsere Erwartungen vom Mai 2010: Während wir vor der Entscheidung stehen, Portugal Bürgschaften zu gewähren, wird schon von neuen „Stabilisierungsmaßnahmen“ für Griechenland gesprochen.

Das Beispiel Griechenland mahnt uns, unsere Verantwortung für die Interessen des deutschen Steuerzahlers wahrzunehmen und ökonomischen Sachverstand nicht zugunsten immer neuer Beschwörungen von sogenannter europäischer Solidarität auszublenden. Der Optimismus, mit dem die Anpassungsmaßnahmen in Griechenland bei Gewährung der Bürgschaften als aussichtsreich und realisierbar dargestellt worden sind, ist bereits ein Jahr später verflogen.

Dies wird sich nach unserer Überzeugung auch in Portugal wiederholen. Wie könnte es auch anders sein? Ein weiterer Kapitaltransfer konterkariert gerade jene Konsolidierungsbemühungen und Anstrengungen zur Absenkung des Leistungsbilanzdefizits, die zu fördern er vorgibt. Die betroffenen Länder verlieren Zeit für ihre notwendige ökonomische Restrukturierung; der angebliche Zeitgewinn erweist sich als teuer erkaufte durch Bürgschaften, für die unsere Bürger in Haftung genommen werden.

Bei den Hilfsmaßnahmen für Portugal zeigt sich ein ähnlicher Optimismus in neuem Gewand: Selbst unter den – sehr günstigen – Basisdaten des vorliegenden Konzeptes wird die Schuldenquote Portugals von jetzt 93 Prozent des BIP auf 108,6 Prozent im Jahr 2013 ansteigen. Als Zielprognose für 2040 werden 75 Prozent erlaubt – immerhin noch 15 Prozentpunkte über der zulässigen Höchstgrenze des Stabilitätspaktes!

Gerade vor dem Hintergrund der aktuellen portugiesischen Regierungskrise und der völlig offenen Positionierung der portugiesischen Regierung nach den Wahlen zweifeln wir nicht nur an, dass diese Zielmarken zu einer Rückgewinnung des verlorenen Marktvertrauens und einer Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit führen könnten, sondern auch, dass ihre Erreichung realistisch ist.

Es mag uns Warnung für alle Verhandlungen im Zusammenhang mit Bürgschaftsübernahmen sein: Die portugiesische Regierung erläutert selbst freimütig und offen, welche Kürzungen und Privatisierungen bis hin zur Veräußerung der hohen Goldbestände in den Verhandlungen vermieden werden konnten.

Für uns und für unsere Verantwortung gegenüber Deutschland und seinen Bürgern macht es aber einmal mehr deutlich, dass die Bewältigung des Schuldendesasters der Euro-Peripherie durch Kreditbürgschaften ökonomisch fragwürdig und haushälterisch mit hohen Risiken für unser Land verbunden ist.